

Interoperabilität – Schlüssel zur militärischen Handlungsfähigkeit

von Andreas Wenger und Markus Mäder

Einleitung

In der Diskussion über moderne Streitkräfte ist Interoperabilität zu einem Begriff geworden wie Qualität – jeder spricht davon, jeder strebt sie an, nur wenige können sie hingegen präzise fassen und ihre konkrete Bedeutung aufzeigen. Fachleute und Medienberichte erwähnen sie bei ihren Analysen der jüngsten internationalen Militäroperationen regelmässig als eine zentrale Voraussetzung für die Auftragserfüllung der beteiligten Armeen. Der Begriff wird jedoch oft ohne weitergehende Erläuterung verwendet und krankt deshalb an einer gewissen Unschärfe. Es besteht aus diesem Grund inhaltlicher und begrifflicher Klärungsbedarf.

Im allgemeinen sicherheitspolitischen Verständnis bezeichnet Interoperabilität die Befähigung von Streitkräften zur Zusammenarbeit im multinationalen Rahmen. Diese Zusammenarbeitsfähigkeit hat in den letzten Jahren durch die militärischen Operationen der internationalen Gemeinschaft auf dem Balkan besondere Aktualität gewonnen. Für moderne Streitkräfte, die Beiträge zur internationalen Stabilisierung und Krisenbewältigung leisten, ist Interoperabilität zu einem Schlüsselfaktor geworden. Sie betrifft sicherheitspolitische ebenso wie militärstrategische und technische Aspekte. Ihre Auswirkungen erstrecken sich über sämtliche militärischen Handlungsfelder.

Interoperabilität bildet einen wichtigen strategischen Eckwert des Reformprojektes Armee XXI, auch wenn der Begriff in seiner politischen Bedeutung oft falsch verstanden wird. In einer von grenzüberschreitenden Problemen gekennzeichneten Umwelt basiert die schweizerische Sicherheitspolitik nicht mehr in erster Linie auf Neutralität, sondern zunehmend auf Mitbestimmung, gestützt auf internationale Kooperation. Auf der Ebene der Armee ist Interoperabilität zum Schlüssel der militärischen Handlungsfähigkeit geworden. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die in ihrer Bedeutung gestiegenen Beiträge zur Friedensunterstützung und Krisenbewältigung: Im Zeitalter der *Revolution in Military Affairs* ist eine autonome Verteidigung auch für grössere Staaten kaum mehr möglich. Desto wichtiger wird die multinationale militärische Zusammenarbeit, sei dies im

Rahmen der Nordatlantischen Allianz (Nato), der erweiterten Partnerschaft für den Frieden (PfP) oder der Europäischen Union (EU).

Die Literatur zum Thema Interoperabilität wird von militärtechnischen und technologischen Überlegungen dominiert. Die sicherheitspolitischen Implikationen, die durch die zunehmende Vernetzung und Interoperabilität der Streitkräfte entstehen, werden dagegen kaum thematisiert. Umfassende Beiträge zur übergeordneten Dimension von Sicherheitspolitik und Militärstrategie gibt es wenige.¹ Der vorliegende Artikel beruht auf einer Prospektivstudie, die an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich für das Projekt Armee XXI erarbeitet wurde.² Diese wiederum basiert über weite Strecken auf amtsinternen, unveröffentlichten Dokumenten der Nato sowie des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), in welche Einsicht genommen werden konnte. In Ergänzung dazu wurde im März 1999 eine Reihe von Interviews mit Verantwortlichen in Bern und in Brüssel geführt.³

Im folgenden geht es darum, die Problematik der Interoperabilität als zentrale Leistungsanforderung an moderne Streitkräfte aus sicherheitspolitischem und militärstrategischem Blickwinkel zu erfassen. Aufgrund des Vorhandenseins mehrerer Begriffsdefinitionen auf verschiedenen Begriffsebenen muss in einem ersten Schritt Interoperabilität definiert und somit Begriffsklarheit hergestellt werden. In einem nächsten Schritt wird der Frage nachgegangen, aufgrund welcher Entwicklungstrends die sicherheitspolitische Bedeutung der Interoperabilität in den Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges stetig zugenommen hat. In einem weiteren Schritt soll aufgezeigt werden, wieso die euro-atlantische Interoperabilität an der Nato ausgerichtet wird. Schliesslich werden als Beitrag zur aktuellen Diskussion über die Neuausrichtung der schweizerischen Sicherheitspolitik wichtige Erkenntnisse und Konsequenzen für das in der Schweiz laufende Reformprojekt Armee XXI formuliert.

¹ Zur Problematik der Interoperabilität im umfassenden Sinn vgl. Naumann, Klaus. Von der Zusammenarbeit zur Interoperabilität. In: *Nato Brief 4* (1996): S. 17-20.

² Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich, *Interoperabilität: Prospektivstudie zuhanden des Kernteams Armee XXI*, Amtsinternes Dokument, Zürich, 15. April 1999.

³ Auf Überlegungen, die aufgrund der Gespräche mit Nato- und VBS-/EDA-Verantwortlichen zustande gekommen sind, wird mit „Interviewmaterial“ verwiesen.

1 Interoperabilität als Kernbegriff der Streitkräfteplanung

Was ist nun also mit Interoperabilität gemeint? Der Begriff Interoperabilität wird in der aktuellen sicherheitspolitischen Diskussion in unterschiedlichem Zusammenhang und auf unterschiedlichen Stufen verwendet. In den verteidigungspolitischen Reformprozessen, die in einer Reihe westlicher Staaten im Gang sind, wird Interoperabilität für nahezu alle militärischen Belange postuliert. Zur besseren Überblickbarkeit der betroffenen militärischen Handlungsfelder bietet sich eine Unterteilung in drei Bereiche an: einen mentalen, einen strukturellen und einen materiellen Bereich.

Mentale, strukturelle und materielle Interoperabilität

Mentale Interoperabilität umfasst primär Sprache, Terminologie und Doktrin, aber auch Führungs- und Planungsabläufe sowie Stabsarbeitsverfahren einer Armee. Unter die strukturelle Interoperabilität fallen Bereiche wie Teilstreitkräfte-Modell, Kommandostruktur, Organisation von Stäben und Verbänden sowie die Verfügbarkeit von Führungs-, Kommunikations- und Informationssystemen. Zur materiellen Interoperabilität zählen Kampf- und Unterstützungsausrüstung, logistische Komponenten sowie die Schnittstellen der Führungs-, Kommunikations- und Informationssysteme. Die Bereiche sind allerdings nicht strikt voneinander trennbar; je nach Kontext werden sie aber unterschiedlich gewichtet, weshalb die vorgenommene Unterteilung hilfreich ist.

Ursprung der Interoperabilitätsdiskussion

Die Diskussion über Interoperabilität geht in ihrem Ursprung auf die Entwicklungen innerhalb der Nato zurück. Der Auftrag der kollektiven Verteidigung erforderte eine möglichst reibungslose Zusammenarbeit der beteiligten Streitkräfte. Deren Strukturen, Verfahren und technische Ausrüstung waren aber von Nation zu Nation sehr unterschiedlich geprägt. Während der 50jährigen Geschichte der Allianz entwickelten die westlichen Militärs deshalb gemeinsame militärische Konzepte und arbeiteten auch bei der Entwicklung und Beschaffung zentraler Waffensysteme eng zusammen. Die Entwicklung gemeinsamer Arbeitsverfahren und Doktrinen im Rahmen der integrierten Kommandostruktur stellte im Verlauf der Zeit für die Nato weniger ein Problem dar als die Kompatibilität in den immer komplexer werdenden materiellen Schlüsselbereichen. Aus diesem Grund verschob sich die Nato-interne Interoperabilitätsdiskussion von mentalen zu

materiellen Aspekten und konzentrierte sich in jüngster Zeit vornehmlich auf die Vernetzung von Führungs-, Kommunikations- und Informationssystemen.⁴

Seit der strategischen Wende von 1989/91 hat sich die Thematik jedoch über allianzinterne Belange hinaus weiterentwickelt. Mit der Teilnahme verschiedenster, bisher nicht nach Nato-Standards operierender Streitkräfte an multinationalen Operationen haben vermehrt wieder die nichtmateriellen, mentalen Aspekte Relevanz erhalten. Die Absicht zahlreicher Staaten, mit ihren Streitkräften an Friedensoperationen zur Stabilisierung ihres Umfeldes teilzunehmen, sowie die in der Praxis auftauchenden Kompatibilitätsprobleme in Sprache und Einsatzverfahren haben der Interoperabilitätsproblematik im ausgehenden 20. Jahrhundert eine neue Dynamik verliehen.⁵

Verschiedene Definitionen

Der Begriff Interoperabilität wird auf verschiedenen Ebenen verwendet. Auf einer *sicherheitspolitischen* Ebene geht es um das grundsätzliche, an die sicherheitspolitischen Instrumente herangetragene Postulat einer verstärkten internationalen Kooperation und Kooperationsfähigkeit. Oft wird Interoperabilität etwas ungenau gleichgesetzt mit der Absicht zur Kooperation. Richtigerweise ist sie aber lediglich die Voraussetzung dazu. Auf einer *militärstrategischen* Ebene geht es um die potentielle Fähigkeit von Streitkräften als Gesamtsystem zur Zusammenarbeit – um eine „Querschnittsfähigkeit“ gewissermassen, die es bei der Streitkräfteplanung zu berücksichtigen gilt. Ziel ist die Befähigung der Streitkräfte, in Planung, Ausbildung und vor allem im Einsatz zwecks gemeinsamer Auftragsbefüllung mit den Streitkräften anderer Staaten zusammenzuarbeiten. Auf der *operativen* und *taktischen* Ebene schliesslich werden spezifische Anforderungen an Systeme, Komponenten oder Verbände definiert, um deren Zusammenarbeit sicherzustellen. Auf dieser Ebene kommen insbesondere militär- und ausbildungstechnische Fragen zur Sprache.

Die Nato-intern verwendete Definition ist stark von dieser untersten, praktisch orientierten Ebene geprägt. Sie lautet: Interoperabilität ist „die Fähigkeit von Systemen, Einheiten und Truppen, andere Systeme, Einheiten oder Truppen durch bestimmte Dienste zu unterstützen und von ihnen durch solche Dienste unterstützt zu werden, sowie die auf diese Weise ausgetauschten Dienste zur Erreichung einer

⁴ *Nato Handbook. 50th Anniversary Edition*. Brussels: Nato Office of Information and Press, 1998: S. 285f. Vgl. auch Battista, Giovanni. Die neue Standardisierungsorganisation der Nato vor einem bislang unerreichbaren Ziel. In: *Nato Brief* 3 (1995): S. 33-35.

⁵ Miller, David. Multinationality: Implications of Nato's evolving strategy. In: *International Defense Review* 3 (1991): S. 211-213.

effizienteren Zusammenarbeit zu nutzen.⁶ Diese Definition steht im Zusammenhang mit dem Nato-Standardisierungsprozess, in dem vier Stufen der militärischen Zusammenarbeit mit aufsteigender Qualität unterschieden werden: Kompatibilität (Compatibility), Interoperabilität (Interoperability), Austauschbarkeit (Interchangeability) und Gleichartigkeit (Commonality).⁷ Im Rahmen dieses Prozesses legen die Nato-Planer fest, in welchem Bereich welche Stufe der Zusammenarbeit erforderlich ist. Ziel all dieser Standardisierungsbestrebungen ist letztlich, optimale Voraussetzungen für die kollektive Verteidigung des Bündnisses zu schaffen.

Die zunehmende Bedeutung von Nicht-Artikel V-Einsätzen und von Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden (PfP) hat die Nato gezwungen, Interoperabilitätsanforderungen auch für Nicht-Nato-Partner festzulegen. Im Vordergrund stehen dabei die Ausbildung von Personal und Verbänden in Nato-Verfahren und -Konzepten für die Aufgabengebiete ausserhalb der kollektiven Verteidigung sowie die Anpassung von Schlüsselmaterial, um die Kompatibilität mit der entsprechenden Nato-Ausrüstung herzustellen. Diese sogenannte *Partner Interoperability* betrifft lediglich eine Auswahl der zahlreichen Standardisierungsanforderungen der Nato. Sie ist als Richtlinie zu verstehen, auf die die Partnerstaaten ihre Interoperabilitätsbemühungen und Einsatzvorbereitungen ausrichten können.⁸

Die teilweise verwirrende Vielfalt von Definitionen und Begriffsebenen macht es erforderlich, in der Diskussion jeweils sorgfältig festzulegen, auf welcher Begriffsebene argumentiert und welche spezifische Definition benutzt wird. Aufgrund des hauptsächlich sicherheitspolitischen und militärstrategischen Blickwinkels der nachfolgenden Ausführungen meint Interoperabilität im vorliegenden Artikel in erster Linie die grundsätzliche Kooperationsfähigkeit von nationalen Streitkräften zur Erfüllung von Aufträgen, die im internationalen Verbund wahrgenommen werden. Die stärker auf die Praxis und technische Aspekte ausgerichtete Nato-Definition ist in diesem Kontext von zweitrangiger Bedeutung.

⁶ In: *Nato Brief 4* (1996): S. 17. Übersetzung ins Deutsche durch General Klaus Naumann nach der offiziellen Nato-Definition in Allied Administrative Publication AAP-6 (V) – Nato Glossary of Terms and Definitions, Nato, Military Agency for Standardization, 1998, 2-I-16.

⁷ Zu den Begriffen Compatibility, Interchangeability und Commonality vgl. AAP-6 (V): Compatibility (AAP-6, 2-C-8): „Capability of two or more items or components of equipment or material to exist or function in the same system or environment without mutual interference.“ Interchangeability (AAP-6, 2-I-5): „A condition which exists when two or more items possess such functional and physical characteristics as to be equivalent in performance and durability, and are capable of being exchanged one for the other without alteration of the items themselves, or of adjoining items, except for adjustment, and without selection for fit and performance.“ Commonality (AAP-6, „-C-8): „A state achieved when groups or individuals, organizations or nations use common doctrine, procedures or equipment.“

⁸ Naumann, *Von der Zusammenarbeit zur Interoperabilität*, S. 17.

2 Zunehmende sicherheitspolitische Bedeutung der Interoperabilität

Aus militärhistorischer Sicht kann argumentiert werden, dass die Problematik der Zusammenarbeitsfähigkeit ein altes Phänomen sei, das bei jeder militärischen Koalition in der Geschichte bestanden habe. Insbesondere in den Jahren des Zweiten Weltkriegs kämpften zahlreiche Truppenkontingente verschiedenster Nationen eng nebeneinander.⁹ Der Aufbau von permanenten multinationalen Militärbündnissen im Kalten Krieg verlieh dieser Problematik dann aber eine neue Dimension. Unter den Bedingungen des Rüstungswettlaufs und der wechselseitigen Abschreckung entwickelte sich die kontinuierliche militärische Zusammenarbeit bereits in Friedenszeiten zur unabdingbaren Voraussetzung einer erfolgreichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wo liegen nun aber die Gründe, die erklären, wieso die Interoperabilität seit dem Ende des Kalten Krieges zumindest im euro-atlantischen Raum Gegenstand einer noch intensiver geführten sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskussion geworden ist?

Ausweitung des sicherheitspolitischen Risikospektrums

Mit der geographischen und inhaltlichen Ausweitung des sicherheitspolitischen Risikospektrums in den 90er Jahren hat sich auch das Aufgabenspektrum der Streitkräfte über die konventionelle Territorialverteidigung hinaus erweitert. Gerade die Krisen auf dem Balkan haben deutlich gemacht, dass kein einzelner Staat willens oder fähig ist, die politische und militärische Bürde der Konfliktprävention, der Krisenbewältigung oder der Friedenssicherung allein zu tragen. An der Schwelle zum 21. Jahrhundert sehen sich die Nationalstaaten zunehmend Risiken gegenüber, die sie nur noch in Zusammenarbeit bewältigen können. Während die Gefahr eines grossen konventionellen Krieges in Europa stark zurückgegangen ist, hat sich das Risikospektrum von potentiellen regionalen Gewaltkonflikten verbreitert. Gleichzeitig ergeben sich aus den Folgen der Globalisierung neuartige Gefahren wie internationaler Terrorismus oder auch organisierte Kriminalität, die sich in erster Linie gegen das gesellschaftliche Gewebe der Staaten richten und zunehmend das Gewaltmonopol des Staates untergraben.

Streitkräfte, die nur auf die klassisch-konventionelle Bedrohung vergangener Tage ausgerichtet bleiben, können zur Bewältigung dieser neuen Gefahren wenig beitragen.¹⁰ Wollen Staaten über zeit- und lagegerecht orientierte Streitkräfte

⁹ Cooling, Franklin/Hixon, John A. Interoperability of Allied Forces in Europe: Some Historical Peacetime Realities. In: *Military Review*(August 1978): S. 62 ff.

¹⁰ Schwindende Bedeutung reiner Territorialverteidigung. General Klaus Naumann in Genf. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 16. Juni 1999.

verfügen, sind sie gezwungen, deren Aufgabenfelder auszuweiten und sie auf die Kooperation mit einer Vielzahl neuer nationaler und internationaler Partner aus dem militärischen und dem zivilen Bereich auszurichten.^{1 1} Die Fähigkeit zur Zusammenarbeit ist dafür eine zentrale Voraussetzung.

Stärkung der militärischen Kooperation im euro-atlantischen Umfeld

Eng verknüpft mit dieser Verlagerung der Risikoeinschätzung ist die Stärkung der sicherheitspolitischen Kooperation zwischen den Staaten Europas und Nordamerikas. Angelpunkt des dichter werdenden Netzwerkes der militärischen Zusammenarbeit ist die Nato.^{1 2} Neben die nach wie vor bestehende Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung traten in den 90er Jahren aber neue Aufgaben wie Stabilitätsprojektion, Konfliktprävention und Krisenbewältigung mit neuen Partnern. Dieser Prozess der Neuausrichtung manifestierte sich an bedeutenden Ereignissen wie der Gründung der Partnerschaft für den Frieden (1994), dem Beginn des Mittelmeerdialogs (1994), den Nato-Abkommen mit Russland und der Ukraine (1997) sowie dem Abschluss der ersten Runde der Nato-Osterweiterung (1999). Mit ihrem jüngsten Strategischen Konzept, das am Washingtoner Gipfel vom 23./24. April 1999 verabschiedet wurde, vertiefte die Nato diese strategische Neuausrichtung weiter.^{1 3}

Auf dem Gebiet der militärischen Kooperation lieferte die Partnerschaftsinitiative der Nato die wichtigsten Impulse. Pfp ist einer permanenten Weiterentwicklung unterworfen, und mittlerweile spricht man von einer vertieften und operationelleren Partnerschaft.^{1 4} Gegenseitige Konsultationen auf politischer und militärischer Stufe, gemeinsame Übungen und Ausbildungsprogramme und letztlich die Durchführung multinationaler Einsätze zur Stabilisierung von Konflikten sind zu festen Bestandteilen des Arbeitsprogrammes der Partnerschaft geworden.

^{1 1} Bagger, Hartmut. Die Streitkräfte der Zukunft – Anspruch und Realität. In: *Europäische Sicherheit* 4 (1996): S. 10-18.

^{1 2} Dahinden, Martin/Wenger, Andreas. Die Nato 50 Jahre nach ihrer Gründung – eine Allianz im Wandel. In: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik* (1999): S. 35-57.

^{1 3} Das Strategische Konzept des Bündnisses. Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs in Washington am 23. und 24. April 1999. In: *Nato Brief* 4 (1999) Dokumentation: S. D7-D13.

^{1 4} Zur Nato-Partnerschaft für den Frieden im allgemeinen vgl. Wenger, Andreas/Breitenmoser, Christoph/Lehmann, Patrick. *Die Nato-Partnerschaft für den Frieden im Wandel. Entwicklung und Zukunft eines kooperativen Sicherheitsinstrumentes*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung 48. Zürich 1998. Die geplanten konzeptionellen Elemente der vertieften und operationelleren Partnerschaft umfassen: ein *Political-Military Framework for Nato-led Pfp Operations, PMF*; ein ausgeweiteter *Pfp Planning and Review Process (Parp)*; ein *Operational Capabilities Concept (OCC)*; sowie ein *Pfp Training and Education Enhancement Programme*. Vgl. auch Dahinden, Martin. Ausbaufähige Kooperation Schweiz – Nato. Die Weiterentwicklung der Partnerschaft für den Frieden. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 1. Oktober 1998.

Aber auch andere internationale Sicherheitsorganisationen, wie beispielsweise die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), entwickelten im Zuge der sicherheitspolitischen Kursänderung neue Aktivitäten. Seit Mitte der 90er Jahre überzieht ein Netz von sich ergänzenden Organisationen und Institutionen den euro-atlantischen Raum, innerhalb dessen die Bemühungen der verschiedensten staatlichen, überstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen ineinander greifen. Erfolgreiches Mitwirken in diesem Prozess bedingt eine neue Qualität der Zusammenarbeitsfähigkeit.

Zunehmende Bedeutung des Prinzips der Multinationalität

Der Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen im Bereich der Friedenssicherung und Konfliktverhütung beruht im wesentlichen darauf, dass die internationale Gemeinschaft als mehr oder weniger geschlossener politischer Akteur auftritt. Die Verantwortung von friedensunterstützenden Operationen muss deshalb von zahlreichen Nationen gemeinsam getragen werden – je grösser der Flaggenwald, desto mehr Aussicht auf Erfolg besteht. Die Beteiligung mehrerer Nationen unter dem Mandat einer internationalen Organisation verleiht einer Friedensoperation erst den universalen Charakter und die moralische Legitimität, die für eine politische Lösung nötig sind. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass das Prinzip der Multinationalität zu einer zentralen Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit geworden ist.¹⁵

Multinationalität bringt bei ihrer Umsetzung aber eine Reihe von Problemen mit sich. Je mehr nationale Truppenkontingente an einem Einsatz beteiligt sind, desto grösser sind die Reibungsverluste. Rein nationale Verbände, die die gleiche Mentalität haben, die gleiche Sprache sprechen und mit denselben Funkgeräten übermitteln, sind effizienter als multinationale Verbände, deren Arbeitseffizienz durch die Heterogenität ihrer Mitglieder behindert wird.¹⁶ Die aktuelle Interoperabilitätsdiskussion dreht sich damit auch um die Suche nach einem Weg, wie politisch notwendige militärische Beiträge sehr unterschiedlicher Staaten möglichst reibungslos in eine gemeinsame Operation integriert werden können.

Dynamik der Technologieentwicklung

Die Kurve der Technologieentwicklung wird immer steiler. Der Übergang von Streitkräften des Industrie- zu Streitkräften des Informationszeitalters ist von einer fundamentalen Veränderungsdynamik geprägt, die sich in der Diskussion über die sogenannte *Revolution in Military Affairs* deutlich manifestiert. Es ist die Rede

¹⁵ Schnell, Harry H. Multinationale Streitkräftestrukturen. In: *Europäische Sicherheit* 8 (1993): S. 417-420.

¹⁶ Ders., S. 420.

von der zunehmenden Integration von Führungs-, Informations- und Waffensystemen zu einem „System der Systeme“, von der Digitalisierung des Gefechtsraums oder auch vom intensiven Gebrauch von Abstandswaffen, Präzisionsmunition, Informations- und Stealthtechnologie. Die Vision künftiger Streitkräfte, deren Ansatz erst bei den US-Streitkräften in Umrissen sichtbar wird, geht Richtung kleiner, aber schlagkräftiger, mobiler und flexibler Interventions- und Krisenreaktionskräfte, die ihren Gegner bereits vor dem physischen Kampf aufgrund ihrer Informationsdominanz weitgehend beherrschen.¹⁷

Diese militärtechnologische Entwicklung verursacht immer grösser werdende Entwicklungs- und Beschaffungsinvestitionen. Abgesehen von den Vereinigten Staaten existiert kaum noch ein westlicher Staat, der in der Lage ist, diesem Investitionsdruck im Alleingang zu begegnen. Die Bedeutung der Rüstungskooperation nimmt entsprechend zu. Die Zusammenarbeit bei Entwicklung, Beschaffung, Unterhalt und Bedienung neuer Systeme erhöht wiederum den Bedarf an interoperablem Personal. Dies trifft in besonders hohem Mass für die Streitkräfte von Kleinstaaten wie der Schweiz zu, die den Anschluss an die Technologie- und Organisationsentwicklung moderner Streitkräfte nur über die Rüstungskooperation und die damit gekoppelte Interoperabilität sicherstellen können.

Fortschreitende Ressourcenverknappung im Verteidigungssektor

Der Zwang zur Zusammenarbeit aufgrund der dargestellten Technologieentwicklung wird durch die in einer Mehrheit von europäischen Staaten stattfindende Kürzung der Verteidigungsbudgets weiter beschleunigt. Aus finanz- und innenpolitischen Gründen müssen die nationalen Verteidigungsministerien mit gekürzten oder zumindest stagnierenden Verteidigungsbudgets zurechtkommen, und die demographischen sowie wehrpolitischen Trends kündigen weitere Reduktionen im Personalbereich an. Die im Jahr 1999 angekündigten Budgetreduktionen für die französischen und die deutschen Streitkräfte zeigen auf, dass auch tragende europäische Nato-Mitglieder diesem Trend unterworfen sind.¹⁸

Andererseits nehmen die Anforderungen an die Streitkräfte zu. Das Aufgabenspektrum ist vielfältig und komplex geworden und verlangt hochtechnisierte, schlagkräftige und flexible Truppen. Die Beschaffungskosten für die nötigen Hochtechnologiesysteme nehmen laufend zu, und der Unterhalt rasch verlegbarer

¹⁷ Meyer, Wolfgang. Streitkräfte auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. In: *Europäische Sicherheit* 12 (1996): S. 20-24. Spillmann, Kurt R./Wenger, Andreas/Libiszewski, Stephan/Schedler, Patrik. *Informationsgesellschaft und schweizerische Sicherheitspolitik*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung 53. Zürich 1999: S. 26.

¹⁸ Rühle, Hans. Und ewig schrumpft die deutsche Bundeswehr. Der „Partner in leadership“ als Nato-Schlusslicht. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 7. Januar 2000.

operativer Grossverbände mit zahlreichem Berufspersonal als Krisenreaktionskräfte ist mit hohen Kosten verbunden. Diese Umstände dürften die Suche nach vermehrter Lasten- und Aufgabenteilung der nationalen Streitkräfte weiterhin intensivieren.

Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität

Die Vereinigten Staaten sind durch die abnehmende europäische Bereitschaft, genügend Finanzmittel für ihre Streitkräfte bereitzustellen, beunruhigt. Mittlerweile in regelmässigen Abständen rufen sie ihren europäischen Verbündeten die sicherheitspolitische Mitverantwortung in Erinnerung. Die Diskrepanz zwischen dem technologischen Stand und der Anzahl der verfügbaren Mittel der amerikanischen Streitkräfte und denjenigen der europäischen Armeen hat sich während des Kosovokonflikts im Frühjahr 1999 auf drastische Weise offenbart. Ohne die USA, die das Schwergewicht des strategischen und operativen Führungs- und Aufklärungsverbands sowie der Luftschlagkapazität zur Verfügung stellten, wären die Europäer nicht in der Lage gewesen, ihre militärische Drohung Serbien gegenüber wahr zu machen.¹⁹

Gleichzeitig stehen seit Jahren Forderungen im Raum, dass Europa sicherheitspolitisch eigenständiger und handlungsfähiger werden sollte – Stichwort dazu ist die Bemühung um den Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (*European Security and Defence Initiative*, ESDI). In dieser Situation suchen die Staaten Europas über die Grenzen der Nato hinaus nach Möglichkeiten, den Aufbau eigenständiger militärischer Kapazitäten voranzutreiben und gleichzeitig eine vernünftige europäische Aufgaben- und Lastenteilung zu finden. Die jüngsten Pläne der Aussen- und Verteidigungsminister der Europäischen Union, ein europäisches Eingreifkorps von bis zu 60'000 Mann aufzustellen, ist in diesem Zusammenhang zu verstehen.²⁰ Die Realisierung solcher Absichten wird den Drang nach interoperablen Streitkräften weiter forcieren und betrifft die Schweiz ebenso wie ihre europäischen Nachbarstaaten.

3 Ausrichtung der euro-atlantischen Interoperabilität an der Nato

Nach diesem Blick auf die wichtigsten sicherheitspolitischen Entwicklungstrends der 90er Jahre, die die Interoperabilität zur unabdingbaren Voraussetzung moderner Streitkräfte gemacht haben, gilt es sogleich, einige militärstrategische Präzisierungen nachzuliefern. Dies ist mit Blick auf die sicherheitspolitische Debatte in

¹⁹ Mey, Holger H. Der Kosovo-Konflikt. Eine vorläufige Analyse. In: *Soldat und Technik* 10 (1999): S. 587-591. Vgl. auch Naumann, Klaus. Kosovo – ein neuer Anfang für Europa. In: *ASMZ12* (1999): S. 4-6.

²⁰ Pläne für ein EU-Eingreifkorps von 50'000 Mann. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 16. November 1999.

der Schweiz um so mehr von Bedeutung, als in der öffentlichen Diskussion immer wieder Berührungspunkte mit dieser Thematik festzustellen sind und die Auseinandersetzungen über militärische Kooperation und Kooperationsfähigkeit oft in die politische – und im Spannungsfeld mit der Neutralität emotionsgeladene – Frage nach einer Nato-Mitgliedschaft abdriften.

International anerkannte Normen der militärischen Zusammenarbeit

In dem von grenzüberschreitenden Problemen und zunehmenden Interdependenzen gekennzeichneten euro-atlantischen Raum sind unilaterale militärische Operationen kaum noch vorstellbar. Die Konstellation von Mandatgeber, ausführenden Organisationen und teilnehmenden Staaten variiert zwar je nach Krisenherd und involvierten nationalen Interessen, die multinationalen Anstrengungen müssen sich in der praktischen Ausführung aber an *einem* Modell der Zusammenarbeit orientieren. Aus realistischer Perspektive muss zudem die Tatsache anerkannt werden, dass im europäischen Umfeld eine Friedensoperation ohne die Beteiligung der Nato oder zumindest der zentralen europäischen Nato-Mitglieder nicht stattfinden kann.

Die Befähigung zur militärischen Kooperation im euro-atlantischen Raum kann damit aus offensichtlichen Gründen nur auf die westliche Allianz ausgerichtet sein: Deren Standards sind die einzigen international verbreiteten und anerkannten Normen der militärischen Zusammenarbeit, die durch die wachsende Teilnahme verschiedenster Nationen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden laufend weitere Verbreitung finden. Auch in militärischen Operationen unter Unokommando wird in der Regel nach Nato-Verfahren gearbeitet – sei dies beispielsweise bei der verwendeten Kartensymbolik oder bei den Verfahren für Such- und Rettungseinsätze.² Eine entsprechende Ausrichtung ihrer Interoperabilitätsbestrebungen auf die Nato präjudiziert für die betroffenen Staaten weder eine spätere Bündnismitgliedschaft noch eine Verpflichtung zur Teilnahme an einer Nato-geführten Operation. Sie bedeutet vielmehr ein grundsätzliches Offenhalten von Optionen der militärischen Kooperationsfähigkeit mit allen potentiellen Partnern im euro-atlantischen Umfeld.

Entwicklung des Pfp-Planungs- und Überprüfungsprozesses (Parp)

Die Nato ihrerseits hat grosses Interesse daran, mit interoperablen Partnerstreitkräften zu arbeiten. Zielsetzung der Allianz ist in erster Linie, im Hinblick auf die Teilnahme von Partnerstaaten in Nato-geführten friedensunterstützenden

² Thornberry, Cedric. Facilitating Cooperation in Multinational Operations. In: *RUSI Journal* 6 (1997): S. 31-35.

Operationen (*Peace Support Operations*, PSO)^{2 2} eine effiziente Zusammenarbeit der Militärs zu gewährleisten. Sie hat zu diesem Zweck im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden ein Instrument – den PFP-Planungs- und Überprüfungsprozess (*PfP Planning and Review Process*, Parp) – entwickelt, das interessierten Staaten die Schaffung von Interoperabilität erleichtert.^{2 3}

Im Rahmen dieser Initiative bietet die Nato den teilnehmenden Nationen zielgerichtete Hilfe im Interoperabilitätsprozess an. Dazu gehören regelmässige bilaterale Planungsgespräche (19+1) zur Festlegung der Ziele und Prioritäten, der freie Zugang zu sämtlichen benötigten Nato-Dokumenten sowie Ausbildungsunterstützung in diversen Schlüsselbereichen – unter anderem in der Sprachausbildung, in der die Allianz unter dem Motto „*train the trainers*“ den nationalen Streitkräften auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Kurse anbietet.^{2 4}

Wie die Partnerschaft als Ganzes unterliegt auch der Parp einer steten Entwicklungsdynamik, deren Ende noch nicht absehbar ist. Dennoch grenzt er sich durch die Wahrung des Grundsatzes der Selbstdifferenzierung und der Freiwilligkeit deutlich von der allianzinternen Streitkräfteplanung ab, die nach wie vor unter dem Hauptaspekt der kollektiven Verteidigung steht.

Präzisierung des Begriffs Nato-Standard

Der Begriff des Nato-Standards darf nicht zur Annahme verleiten, dass es sich dabei um eine absolute und umfassende Gemeinsamkeit jeglicher militärischer Handlungsfelder handelt. Auch nach langjähriger Praxis der Kooperation und grossen Anstrengungen in der Standardisierung existiert keine „Nato-Standard-Armee“, die in sämtlichen Bereichen nach allumfassendem Muster funktioniert. Zwischen den nationalen Verbänden innerhalb der Nato bestanden und bestehen grosse nationale Unterschiede in Verfahren, Strukturen und materieller Ausrüstung.

Während des Kalten Krieges kannte die Nato das Prinzip der Multinationalität in der Regel nur auf strategischer und operativer Stufe. Aus diesem Grund war Interoperabilität in erster Linie eine Anforderung an die Führung dieser Stufe, während die unterstellten Verbände national orientiert blieben. Die bis auf die taktische Stufe reichende multinationale Struktur von Friedensoperationen, wie dies

^{2 2} Bei *Peace Support Operations* handelt es sich um einen von der Nato festgelegten Überbegriff für folgende Aufgabenbereiche: *Conflict Prevention, Peacemaking, Peacekeeping, Peace Enforcement, Peacebuilding* und *Humanitarian Assistance*. Vgl. Malat, Horst. Friedensunterstützende Operationen (II). Das Konzept der Nordatlantischen Organisation. In: *Truppendienst* 5 (1998): S. 381-384.

^{2 3} Cragg, Anthony. Das Planungs- und Überprüfungsverfahren der Partnerschaft für den Frieden. In: *Nato Brief* 6 (1995): S. 23-25.

^{2 4} Interviewmaterial.

bei den Sfor- oder Kfor-Friedenstruppen der Fall ist, stellt auch für die Nato eine neue Herausforderung dar.²⁵

Hingegen entwickelte sich bei der Vorbereitung der kollektiven Verteidigung innerhalb der Nato ein gemeinsames Grundverständnis doktrinaler und struktureller Vorstellungen und ausrüstungsmässiger Anforderungen, das im Rahmen des Standardisierungsprozesses laufend optimiert wurde. Mittlerweile bestehen mehrere Tausend sogenannter Standardisierungsabkommen (*Standardization Agreements*, STANAG) sowie Dutzende gemeinsamer Publikationen (*Allied Publications*, AP), die Ausdruck gemeinsam entwickelter Konzepte sind.²⁶ Den höchsten Grad an Zusammenarbeit erreichten die Nato-Militärs in der Funktion der integrierten Militärstäbe, in denen Stabsoffiziere aller Mitgliedstaaten nach denselben Verfahren und Normen zusammenarbeiten.

In diesem Sinn ist der Begriff des Nato-Standards lediglich als ein gemeinsamer Nenner zu verstehen, der gewährleistet, dass in den für eine Kooperation relevanten Bereichen der Doktrin, der Arbeitsverfahren und der technischen Schnittstellen ausreichende Übereinstimmung besteht, damit die praktische Zusammenarbeit überhaupt stattfinden kann. Nichtsdestoweniger weisen sämtliche nationalen Streitkräfte aufgrund ihrer unterschiedlichen Mentalität und Kultur, ihrer nationalen Politik und ihres spezifischen Wehrsystems eine sehr verschiedenartige Ausprägung auf. Dieser Gestaltungsspielraum ist für eine Armee von grosser Bedeutung, da sich ihr Selbstverständnis stark auf Geschichte und Tradition abstützt. Die Anwendung der gemeinsamen Verfahren erlaubt den Nato-Staaten aber trotz nationaler Eigenheiten eine Zusammenarbeit bei Planung und Durchführung gemeinsamer Einsätze.

4 Erkenntnisse und Konsequenzen für die Schweizer Armee

Die Schweiz befindet sich in einer Phase der Neukonzeptionierung ihrer Sicherheitspolitik. Am 7. Juni 1999 verabschiedete der Bundesrat den Sicherheitspolitischen Bericht 2000, der „Sicherheit durch Kooperation“ postuliert und den politischen Willen der Schweiz zur internationalen Zusammenarbeit in Europa klar zum Ausdruck bringt.²⁷ Damit hat sich auch in der Schweiz die Erkenntnis durchgesetzt, dass in einem von transnationalen Risiken geprägten Umfeld staatliche Handlungsfreiheit immer öfters durch Mitbestimmung sichergestellt werden muss.

Mit Blick auf die Armee wird damit einerseits zum Ausdruck gebracht, dass

²⁵ Einsatz in Bosnien – „Babylonisches Sprachengewirr“. In: *Heer – Die Truppenzeitschrift* 7 (1998): S. 9-15.

²⁶ *Nato Handbook*, Nato Office of Information and Press, S. 285 f.

²⁷ Sicherheit durch Kooperation. Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999.

eine autonome Verteidigung aus personellen, finanziellen und technischen Gründen nicht mehr ausreicht, um der Schweiz und ihrer Bevölkerung den notwendigen Schutz zu gewähren. Andererseits will die Schweiz auch mit ihrer Armee mehr zum Ziel der Friedenssicherung und Krisenbewältigung beitragen, was sowohl ihren eigenen Interessen als auch den Erwartungen ihrer europäischen Nachbarstaaten entspricht. Vor diesem Hintergrund wird Interoperabilität als „Querschnittsfähigkeit“ zum Schlüssel für den Erhalt der militärischen Handlungsfähigkeit.

Ausgangslage der Schweiz

Im sicherheitspolitischen Bericht 2000 heisst es, dass die Schweizer Armee zur Umsetzung ihres dreiteiligen Auftrags²⁸ unter anderem auch ihre Interoperabilität verbessern müsse, die insbesondere eine notwendige Voraussetzung zur multinationalen Zusammenarbeit sei: „Mit dem Aufbau der Interoperabilität schafft die Armee die notwendige Voraussetzung zur multinationalen Zusammenarbeit. Sie erwirbt und festigt diese Fähigkeit durch die Anpassung ihrer Gliederung, Struktur, Ausrüstung und Ausbildung der Stäbe, im Rahmen von gemeinsamen Truppenübungen der Partnerschaft für den Frieden sowie auf Grund ihrer Erfahrungen in Ernstfall-Einsätzen.“²⁹ Der politische Entscheid, dass die Schweizer Armee interoperabel werden muss, ist damit gefällt. Er leitet sich direkt aus der Strategie „Sicherheit durch Kooperation“ ab: Die Armee kann ihren Beitrag nur leisten, wenn sie zur multinationalen Zusammenarbeit befähigt ist.

Seit 1996 ist die Schweiz Teilnehmerin der Partnerschaft für den Frieden, in der sie seither ihr Engagement jedes Jahr verstärkt hat.³⁰ Mit dem Entscheid des Bundesrats vom 18. Oktober 1998, sich am Parp zu beteiligen, ist auch die zentrale Weichenstellung zur Einleitung des Interoperabilitätsprozesses bereits vorgenommen worden.³¹ Der Einstieg in den Parp zum damaligen Zeitpunkt, noch bevor der neue Sicherheitspolitische Bericht auf dem Tisch lag, hatte mit dem sechsjährigen Planungszyklus des Parp zu tun, dessen aktuelle Laufzeit von 1999 bis 2004 dauert. Ein späterer Einstieg der Schweiz hätte eine Teilnahme kompliziert.³²

²⁸ Gemäss dem Sicherheitspolitischen Bericht 2000 hat die Armee folgende drei Aufträge: *Beiträge zur internationalen Friedensunterstützung und Krisenbewältigung, Raumsicherung und Verteidigung sowie subsidiäre Einsätze zur Prävention und Bewältigung existentieller Gefahren*. Vgl. SIPOL B 2000, S. 46.

²⁹ SIPOL B 2000, S. 47.

³⁰ Zu den Aktivitäten der Schweiz im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden vgl. Jahresbericht des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz an der Partnerschaft für den Frieden vom April 1999.

³¹ „Schweiz nimmt am Planning and Review Process der Partnerschaft für den Frieden teil.“ Pressemitteilung, Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, Bern, 21. Oktober 1998.

³² Interviewmaterial.

Auch im institutionellen Bereich reagierte der Bundesrat auf die neu gelagerten Bedürfnisse, die sich aufgrund der zunehmenden internationalen Sicherheitskooperation ergaben. Auf den 1. Januar 1999 schuf er eine neue Organisationseinheit im Verteidigungsdepartement, die Untergruppe für Friedensförderung und Sicherheitskooperation (UG FSK), die er mit der praktischen Koordination und Umsetzung der immer zahlreicher werdenden kooperativen Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden betraute. Damit ist auch organisatorisch ein wichtiger erster Schritt zur Bündelung der personellen und materiellen Ressourcen getan.^{3 3}

Mit Blick in die Zukunft kommt der vom Bundesrat vorgeschlagenen Teilrevision des schweizerischen Militärgesetzes, die im Frühjahr und Sommer des Jahres 2000 in den Räten behandelt wird, ein zentraler Stellenwert zu. Die neuen gesetzlichen Grundlagen sollen die Ausbildungszusammenarbeit, den Rechtsstatus schweizerischer Militärpersonen im Ausland sowie ausländischer Militärangehöriger in der Schweiz und die Bewaffnung schweizerischer Truppen im Friedensförderungsdienst neu regeln.^{3 4} Im gültigen Militärgesetz³⁵ besteht in den genannten Bereichen zur Zeit eine schweizerische Selbsteinschränkung, die die Zusammenarbeit mit dem Ausland unnötig erschwert. Die vorgeschlagenen Änderungen würden die zentralen Bedürfnisse des Interoperabilitätsprozesses abdecken.

Zurzeit laufen im Verteidigungsdepartement die Planungsarbeiten des Reformprojekts Armee XXI. Mit dem Engagement der Swisscoy im Rahmen der Kfor-Friedenstruppe ist seit Herbst 1999 erstmals ein schweizerischer Verband einer Nato-geführten Operation direkt zugewiesen worden. Der Rückfluss an Erfahrungen aus diesem Einsatz ist für die schweizerischen Interoperabilitätsanstrengungen äusserst wertvoll und demonstriert gleichzeitig deren Notwendigkeit. Trotz oder gerade aufgrund dieser ersten praktischen Erfahrungen muss betont werden, dass die Schaffung von Interoperabilität ein komplexer und langfristiger Prozess ist, der weitgehende Anpassungen in Führungs- und Stabsarbeitsverfahren, Ausbildungsinhalten, Strukturen und Materialbeschaffungen umfassen wird. Ein schrittweises und nach Prioritäten gegliedertes Vorgehen ist angebracht, und die Unterstützung der Nato im Rahmen des Planungs- und Überprüfungsprozesses ist intensiv zu nutzen.

^{3 3} „Regierungs- und Verwaltungsreform: Friedensförderung, Auflösung der ZGV und neue Verordnungen.“ Pressemitteilung, Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, Bern, 25. November 1998.

^{3 4} „Botschaft über Änderung des Militärgesetzes.“ Pressemitteilung, Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport, Bern, 27. Oktober 1999.

^{3 5} Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG) vom 3. Februar 1995 (Stand am 16. März 1999).

Bei ihren Aktivitäten mit Interoperabilitätsgewinn gelten für die Schweiz in erster Linie die im Rahmen der *Partner Interoperability* formulierten Richtlinien. Zur Gewichtung der erforderlichen Überlegungen und Massnahmen für die Gestaltung der Armee XXI nach Prioritäten ist eine Reihe von zentralen Erkenntnissen zu berücksichtigen:

Ausrichtung der Armee als Gesamtsystem auf Interoperabilität

Die Schaffung von Interoperabilität ist ein Prozess, der die Armee als Gesamtsystem betrifft. Kurzfristig wird primär der Teilauftrag „Friedensunterstützung und Krisenbewältigung“ und damit der Aufbau interoperabler schweizerischer Einzelelemente für Friedensoperationen im Zentrum stehen. In diesem Bereich ist Interoperabilität bis auf die unterste taktische Stufe anzustreben. Langfristiges Ziel muss hingegen eine Armee sein, die als Ganzes auf Interoperabilität ausgerichtet ist und auch Aufgaben im Rahmen der anderen zwei Teilaufträge im Verbund wahrnehmen kann. Somit sind die Kommandanten und Stäbe sämtlicher Truppen angesprochen. Auch aus Überlegungen der Kohäsion, der *Unité de Doctrine* und der Führung muss die Schaffung von Interoperabilität im mentalen Bereich die ganze Armee umfassen. Eine nur in Teilen interoperable Armee – eine Zweiklassenarmee, deren verschiedene Teile nach unterschiedlichen Doktrinen und Arbeitsprozessen funktionieren – würde den psychologischen und operationellen Zusammenhalt innerhalb der nationalen Streitkräfte gefährden und die Führbarkeit in Frage stellen. Diese Problematik würde unweigerlich entstehen, wenn man lediglich die für internationale Einsätze vorgesehenen Verbände auf Interoperabilität ausrichten und für die übrigen Stäbe und Formationen eine isolierte helvetische Eigenständigkeit bewahren wollte.

Schaffung mentaler Interoperabilität als Priorität

Für die Schweizer Armee hat die Schaffung mentaler Interoperabilität erste Priorität. Ein gemeinsames Verständnis in mentalen und prozessorientierten Bereichen wie Sprache, Terminologie, Kartensymbolik, Doktrin, Führungs- und Planungsmethoden sowie Stabsarbeitsprozessen ist für eine effiziente Sicherheitskooperation unabdingbar. Entsprechend muss die Ausbildung für Kader angepasst werden. Mentale Interoperabilität wird erworben durch die Entsendung von Offizieren und Beamten in multinationale Stäbe, durch die Teilnahme an PfP-Truppenübungen und schliesslich durch das Sammeln und Auswerten von eigenen Erfahrungen aus multinationalen Operationen. Der dabei stattfindende Wissenstransfer muss letztlich dazu führen, dass die mentalen Bereiche der Schweizer Armee den international gebräuchlichen Verfahren angeglichen werden – eine Konsequenz, der es

bereits bei der Konzeptionierung der Armee XXI zentrale Beachtung zu schenken gilt. Langfristiges Ziel sollte es sein, über Kaderpersonal zu verfügen, das in der Lage ist, in sogenannten *Combined Joint Task Forces* (CJTF) substantiell mitzuarbeiten.³⁶

The key to interoperability is English

Der wichtigste erste Schritt auf dem Weg zu mentaler Interoperabilität ist die Ausbildung von Personal, das der zentralen Arbeitssprache der Kooperationspartner im für die Schweiz relevanten Sicherheitsraum mächtig ist: des Englischen. Im euro-atlantischen Raum steht dabei die Beherrschung von Nato-Militäringlisch und Nato-Terminologie im Vordergrund. Beherrschen heisst, nicht nur verstehen, sondern seinen eigenen Standpunkt in Planung und Ausführung von Operationen einbringen können – Sprache bedeutet in diesem Kontext auch Mitsprache. Eine entsprechende nachhaltige Sprachausbildung der Kader ab Offiziersstufe ist unabdingbar, so dass diese mittelfristig, in einer späteren Verwendung als Kommandanten oder Stabsmitarbeiter im internationalen Umfeld, über das erforderliche Sprachniveau verfügen.³⁷

Schaffung materieller Interoperabilität in Schlüsselbereichen

Materielle Interoperabilität ist in erster Linie in Schlüsselbereichen erforderlich. Schweizerische Rüstungsbeschaffungen waren und sind in der Regel westlich orientiert. Aus diesem Grund stellt die Schaffung materieller Interoperabilität für die Schweiz ein kleineres Problem dar, als dies beispielsweise für ehemalige Ostblockstaaten der Fall ist; deren Streitkräfte waren während fünfzig Jahren sowohl mental als auch materiell sowjetisch geprägt. Dennoch muss die Schweizer Armee ihre Aufmerksamkeit den materiellen Schlüsselbereichen widmen, die sich durch die militärische Nutzung der neuen Technologien ergeben. Es geht darum, kompatible Schnittstellen zu gewährleisten bei Führungs-, Kommunikations- und Informationssystemen, bei Frühwarn- und Luftraumüberwachungssystemen, bei Freund-Feind-Erkennungs- und Satellitennavigationsmitteln sowie auch bei logistischen Komponenten. Langfristig dürfte die Sicherstellung dieser materiellen Interoperabilität – verstärkt durch die eingangs erwähnte rasante und nur noch im Verbund zu bewältigende Technologieentwicklung – zu einer Abnahme helvetisierter Rüstungsprojekte führen.

³⁶ Vgl. Da Silva, Mario. *Combined Joint Task Forces Concept*. In: *Nato's Nations and Partners for Peace 1* (1999): S. 151-155. Die Definition für CJTF lautet: „A CJTF is a multi-national (Combined) and multi-service (Joint) task force, task-organised and formed for contingency operations which require multi-national and multi-service command and control by a CJTF HQ.“Ders., S. 153.

³⁷ Interviewmaterial.

Schlusswort

Seit der strategischen Wende 1989/91 hat die Mehrzahl der Staaten im euro-atlantischen Raum ihre Sicherheitspolitik grundlegend verändert: An Stelle von Eindämmung und Abschreckung liegt der Schwerpunkt heute auf Stabilisierung und Kooperation. Die zunehmende Sicherheitskooperation setzt voraus, dass die betroffenen Streitkräfte über Interoperabilität verfügen. Interoperabilität ist zu einer zentralen Querschnittsfähigkeit moderner Armeen geworden.

Dieser Prozess betrifft auch die Schweiz. Das Potential der Schweizer Armee zur Schaffung der geforderten Zusammenarbeitsfähigkeit im multinationalen Rahmen ist grundsätzlich vorhanden. Nebst der guten Allgemeinbildung einer Milizarmee und der Vertrautheit mit einem mehrsprachigen militärischen Umfeld sind auch bereits punktuelle Berührungen mit internationalen Anforderungen aus verschiedenen Auslandseinsätzen vorhanden. Insbesondere der Entscheid zur Teilnahme an der Kfor mit der Swisscoy ist in diesem Zusammenhang als positiv zu werten.

Insgesamt ist die Ausgangslage der Schweiz gleichwohl alles andere als rosig. Der Interoperabilitätsprozess der Streitkräfte im euro-atlantischen Raum ist bereits seit knapp einem Jahrzehnt im Gang, und er verstärkt sich zusehends. Im Gegensatz zu vergleichbaren Staaten wie Schweden, Finnland und Österreich hat die Schweiz ihrer Armee die Teilnahme an der ersten Phase dieses Prozesses aus ihrer selbstgewählten politischen Isolation heraus verwehrt. Die Schweizer Armee hat dadurch wichtige Entwicklungen verpasst, da sie sich am Informationsaustausch in den euro-atlantischen Netzwerken der militärischen Zusammenarbeit lediglich marginal beteiligen können.

Der Paradigmawechsel hin zu einer verstärkten sicherheitspolitischen Kooperation verlangt nun, dass keine weitere Zeit vergeudet wird, sondern dass der Weg zu einer modernen und bedrohungsgerechten Armee mit einem hohen Grad an Interoperabilität sofort und mit der nötigen Konsequenz beschritten wird. Die sicherheitspolitischen Weichen dazu sind gestellt, nun bedarf es der verteidigungspolitischen und militärischen Umsetzung. Interoperabilität muss bei der Konzeptionierung der künftigen Schweizer Armee als einer der zentralen Grundsätze gelten und im Rahmen des Reformprojektes Armee XXI konsequent angestrebt werden.

Die Schaffung von Interoperabilität verpflichtet die Schweiz nicht zur Teilnahme an multinationalen Operationen. Sie ist auch nicht, wie Skeptiker behaupten, als versteckte Vorbereitung eines Nato-Beitritts zu werten. Sie ist eine

unabdingbare Voraussetzung für alle Optionen der militärischen Kooperation und damit der Schlüssel zur militärischen Handlungsfähigkeit, der in den Händen der politischen Führung auch in Zukunft ein zentrales Element der staatlichen Handlungsfreiheit sein wird.